



Bernd Lynack MdL
Wahlkreis 21 - Hildesheim

Wahlkreisbüro:
Osterstr.39 A · 31134 Hildesheim
Tel.: 0 51 21 / 3 95 52
Fax: 0 51 21 / 69 42 37
info@bernd-lynack.de
www.bernd-lynack.de

Hildesheim, 15. Dezember 2016



Liebe Genossinnen und Genossen,

das letzte Plenum in diesem Jahr ist beendet. Die vergangenen Tage waren besonders von den Beratungen zum Doppelhaushalt für die Jahre 2017 und 2018 geprägt. Der Beschluss des Haushalts durch unsere rot-grüne Regierungsmehrheit ist historisch. Wir sind der erste Landtag in der 70-jährigen Landesgeschichte, der einen Landeshaushalt ohne neue Schulden beschlossen hat. Diese Entwicklung ist vor ein paar Jahren undenkbar gewesen. Dank der umsichtigen Planung unseres Finanzministers Peter-Jürgen Schneider konnten wir die Vorgaben der Schuldenbremse vor ihrem eigentlichen Inkrafttreten einhalten. Ohne, dass es dabei zu Einschnitten bei den elementaren Aufgaben des Landes gekommen ist. Im Gegenteil! Wichtige Investitionen in die Zukunft des Landes können wir trotzdem auch ohne neue Schulden vornehmen. Geholfen hat uns bei diesem Erfolg neben dem niedrigen Zinsniveau, die hervorragende wirtschaftliche Lage unseres Landes, in der so viele Menschen wie nie zuvor einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen können.

Mit dem Doppelhaushalt investieren wir kräftig in die Zukunft. Mit einem Landesprogramm werden wir den Sanierungsstau unserer Krankenhäuser in einer Größenordnung vom 1,3 Milliarden aufarbeiten. Die Schulsozialarbeit haben wir zur Landesaufgabe gemacht. Die Mittel für über 2000 zusätzliche Lehrkräfte stellen wir bereit. Einen Schwerpunkt haben wir auf die Bereiche Sicherheit und Zusammenhalt gelegt. Deshalb wollen wir 1000 Neueinstellungen bei der Polizei vornehmen und sorgen mit zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten für die Attraktivität des Polizeiberufs. Das Landesblindengeld wird erhöht und wir schaffen mit 10 Millionen Euro pro Jahr ein eigenes Landesprogramm für Langzeitarbeitslose. Dadurch bekommen 1000 Menschen in Niedersachsen eine Chance auf berufliche Teilhabe. Wir investieren in bezahlbaren Wohnraum, insbesondere für Studentinnen und Studenten. Mit diesen Vorhaben schaffen wir Voraussetzungen für die nächsten Jahre.

Weitere Schwerpunkte und Akzente unserer Arbeit haben wir über die politischen Listen der Regierungsfractionen zum Haushalt wie folgt abgebildet.

Sicherheit und Prävention

Maßnahme	Euro*
1000er Programm Polizei	14.400.000
Senkung der Beteiligung für Heilfürsorge	2.200.000
Unterstützung von Frauen und Mädchen, die von Gewalt betroffen sind	1.750.000
Katastrophenschutz	1.500.000
Ausbau der Gewaltprävention beim Kinder- und Jugendschutz	650.000
Erhöhung der Erschwerniszulage	340.000
500 Stellenhebungen bei der Polizei	276.000
Maßnahmen zur sozialpädagogischen Betreuung jugendlicher StraftäterInnen	265.000
Maßnahmen zur Prävention salafistischer Radikalisierung	200.000
Täter-Opfer-Ausgleich	150.000
Freie Straffälligenhilfe	27.000

Zukunftschancen für alle

Maßnahme	Euro
Dauerh. Verstetigung von Mitteln zur Qualitätsverbesserung in Kitas (ab 2019)	60.000.000
Programm Langzeitarbeitslosigkeit	10.000.000
Erhöhung Landesblindengeld	4.000.000
Studentisches Wohnen	3.500.000
Förderung eines psychosozialen Zentrums für Flüchtlinge	3.100.000
Sonderfonds „Lebenslanges Lernen“	3.000.000
Unterstützung jugendlicher Flüchtlinge in Beruf und Gesellschaft	2.500.000
Arbeit 4.0	2.000.000
Förderung Dolmetscherleistungen für Flüchtlinge	1.750.000
Kampagne „Queeres Niedersachsen“	1.100.000
Maßnahmen zur Unterstützung von Migration	1.000.000
Flüchtlingssozialarbeit	1.000.000
Bürgerschaftliches Engagement in der Flüchtlingshilfe	1.000.000
Humanitäre Maßnahme	1.000.000
Inklusionsförderung	675.000
Nachwuchsgewinnung Erwachsenenbildung	575.000
Gewinnung von Fach- und Betreuungskräften Kitas	500.000
Unabhängige Asylverfahrensberatung	400.000
Förderung der Teilhabe von Sinti und Roma	250.000
Muttermilchbank	250.000

Kulturland Niedersachsen

Maßnahme	Euro
Ausstattung und Investitionen für kleine Kulturträger im ländlichen Raum	1.500.000
Förderung der Lotto-Sport-Stiftung	1.000.000
Kommunale Theater	800.000
100 Plätze für Geflüchtete im FSJ Kultur	492.000
Musikalisierungsprogramm „Wir machen die Musik“	300.000
Projekte zur Förderung kultureller Teilhabe	260.000

Nachhaltig leben und ländliche Räume schützen

Maßnahme	Euro
Radwegprojekte	16.175.000
Energetische Sanierungen	10.000.000
Umweltbildungs- und Umweltinformationsprojekte	775.000
Schutz der Artenvielfalt	750.000
Tierschutzplan	550.000
Infrastruktur für alternative Antriebe	500.000
Verbraucherzentrale	400.000
Zuschüsse für nichtbundeseigene Eisenbahnen	300.000
Beratung von KMU zur Energie- und Materialeffizienz	250.000
Förderung forstfachliche Beratung	200.000
Förderung Ökolandbau	200.000
Grünlandzentrum	50.000

*Beträge gelten für 2017



TfN und RPM bekommen auch für die Jahre 2017/18 erneut Geld aus dem Landeshaushalt.

So erhält das TfN, wie schon im laufenden Jahr, auch in den nächsten zwei Jahren wieder 174.000 Euro aus dem Landeshaushalt. Auch das RPM kann sich, wie schon in den Jahren 2015 und 2016, über eine Finanzspritze von jährlich 100.000 Euro freuen. Ich freue mich riesig, dass es bei den

Haushaltsberatungen in den Fraktionen erneut gelungen ist, eine Unterstützung der Arbeit von TfN und RPM zu erreichen.

Nachdem wir bereits im Jahr 2015 die kommunalen Theater mit insgesamt 400.000 Euro und damit das TfN mit 87.000 Euro zusätzlich unterstützen konnten, werden diese Mittel bereits im aktuellen Haushalt festgeschrieben und somit jährlich zur Verfügung stehen. Darüber hinaus ist für die kommenden zwei Jahre, wie auch im laufenden Jahr, wieder ein zusätzlicher Zuschuss von 800.000 Euro an die kommunalen Theater geplant. Ausgehend vom Verteilungsschlüssel der vergangenen Jahre bedeutet dies 174.000 Euro, womit sich das TfN über eine jährliche Mittelaufstockung von insgesamt 261.000 freuen kann. Die Zuschüsse für die kommunalen Theatern in Celle, Göttingen, Hildesheim, Lüneburg und Osnabrück sowie für die Landesbühne Nord sind als Ausgleich für steigende Personalkosten der vergangenen Jahre gedacht. Unter der schwarz-gelben Vorgängerregierung mussten die Theater die Kostensteigerungen in diesem Bereich aus eigener Kraft auffangen.

Auch das Roemer-und-Pelizaemus-Museum kann sich wieder über einen Extra-Zuschuss von vom Land freuen. Das RPM hat einen weit über die Landesgrenzen hinausgehenden Ruf, auf den wir sowohl in Niedersachsen als auch hier in Hildesheim außerordentlich stolz sind. Es ist mir ein persönliches Anliegen, das Museum nach Kräften zu unterstützen und diesen Schatz

auch weiterhin zu erhalten. Hildesheim kann sich glücklich schätzen, so ein Museum in der Stadt zu haben. Es ist eine großartige Leistung von Frau Prof. Dr. Schulz und ihrem Team, dass es trotz der angespannten finanziellen Lage des Hauses gelungen ist, die Auszeichnung des Gütesiegels, des Museumsverbandes Niedersachsen-Bremen, wieder zu bekommen. Die zusätzliche Landesförderung sehe ich als Anerkennung der hervorragenden Arbeit des gesamten Hauses.

LANDTAG KOMPAKT · LANDTAG KOMPAKT · LANDTAG KOMPAKT

Eine Rolle rückwärts dagegen hat die CDU auf ihrem Bundesparteitag gemacht. Hier beschlossen die Delegierten, dass die vor wenigen Jahren eingeführten Regelungen zur **doppelten Staatsangehörigkeit** rückgängig gemacht werden sollen. Die CDU hat sich dabei vom Kurs ihrer Vorsitzenden und Kanzlerin abgewandt und durch Populisten an den rechten Rand treiben lassen. Es gibt viele Menschen in Deutschland, die aus ganz unterschiedlichen Gründen eine Beziehung zu anderen Staaten haben. Unter ihnen sind junge Menschen, die hier geboren sind, die Deutsche sind, deren Familie aber noch starke Wurzeln in ihre Heimatländer haben. Sollen diese Menschen sich zwischen ihrem Land und ihren Familien entscheiden müssen? Nein, wir sind für die Beibehaltung der Regelungen zur doppelten Staatsangehörigkeit und haben den Beschluss der CDU daher in dieser Woche in unserer Aktuelle Stunde „Doppelte Staatsangehörigkeit - keine Rolle rückwärts!“ zum Thema im Landtag gemacht.

Neben den Haushaltsberatungen haben in dieser Woche selbstverständlich auch noch weitere abschließende Beratungen von Entschließungsanträgen und Gesetzentwürfen auf der Tagesordnung des Landtages gestanden.



Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Landwirtschaftskammer Niedersachsen

Die bisherige gesetzliche Definition der Aufgaben der Landwirtschaftskammer und deren Finanzierung haben nach den Feststellungen des Landesrechnungshofes in der praktischen Umsetzung im Wesentlichen dazu geführt, dass keine klare Unterscheidung zwischen sogenannten freiwilligen und Pflichtaufgaben vorgenommen wurde. Im Ergebnis kofinanzierte das Land Aufgaben, die entweder von den Normen nicht erfasst wurden oder von der Landwirtschaftskammer allein hätten finanziert werden müssen. Mit dem Gesetzentwurf wird

nun mehr eine klare Aufgabenzuordnung vorgegeben, in deren Rahmen künftig eine rechts-sichere Aufgabenwahrnehmung ermöglicht werden soll. Eine auskömmliche Finanzierung wird zukünftig sichergestellt.

Entwurf eines Gesetzes über die Pflegekammer Niedersachsen

Nach langer Diskussion haben wir die Einrichtung einer Pflegekammer für Niedersachsen beschlossen. Die Pflege erfährt durch die Gründung der Pflegekammer Niedersachsen eine deutliche Aufwertung. Diese Stärkung des Berufsstandes erfolgt auch im Interesse der Sicherung des Fachkräftebedarfs und der Qualität in den Pflegefachberufen sowie mit der Überzeugung, dass eine Pflegekammer als Institution besser als bisher auf die zukünftigen Herausforderungen bezüglich der Pflegeausbildung, der Pflegepraxis und der Interessenvertretung der in der Pflege Beschäftigten reagieren kann.

Stellungnahme des Landtags zum Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen (LROP)

In unserer Stellungnahme begrüßen wir die Fortschreibung des Landes-Raumordnungsprogramms durch die Landesregierung mit dem Ziel, die räumliche Gesamtplanung stets aktuell zu halten und die neuen Anforderungen an die räumliche Entwicklung im Zuge der Stärkung des Angebots der Daseinsvorsorge vor Ort, der Energiewende, des Klimaschutzes, des Erhalts der biologischen Vielfalt und der Stärkung leistungsfähiger und lebendiger ländlicher Räume vorausschauend zu gestalten. Wichtig war uns die Streichung des Vorranggebiets Gorleben für ein atomares Endlager, die Begrenzung des Vorranggebiets Schacht Konrad bei Salzgitter und der Vorrangssicherung für die Y-Trasse. Die Aufnahme einer flächendeckenden Breitbandversorgung und der verbesserten Netzanbindung, insbesondere des Offshore-Windparks ins LROP, möchte ich hierbei besonders hervorheben.

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Rettungsdienstgesetzes und der Allgemeinen Gebührenordnung

Das zum 1. Februar 1992 in Kraft getretene Niedersächsische Rettungsdienstgesetz (NRettDG) hat sich in der Praxis in seinen über zwei Jahrzehnten Geltungsdauer grundsätzlich bewährt. Es bildet die Grundlage für einen modernen, leistungsfähigen und zugleich wirtschaftlich arbeitenden Rettungsdienst. Änderungsbedarf wird insbesondere durch das vom Deutschen Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates beschlossene Notfallsanitätäergesetz (NotSanG) erforderlich. Die Notfallsanitätäerinnen und Notfallsanitätäer werden durch den neuen, in einer dreijährigen Ausbildung zu erlernenden, Beruf mittelfristig die derzeit überwiegend im Rettungsdienst tätigen Rettungsassistentinnen bzw. Rettungsassistenten, die lediglich eine zweijährige Ausbildung nach dem Rettungsassistentengesetz absolviert haben, als wichtigen Bestandteil des Rettungsdienstes ablösen.



Die Schicksale der niedersächsischen Betroffenen des sogenannten Radikalenerlasses von 1972 sollen von einer Beauftragten des Landtages aufgeklärt werden. Es geht darum, Unrecht aufzuarbeiten und die Opfer dieser Politik zu rehabilitieren.

Mit unserer Mehrheit haben wir beschlossen, dass eine Beauftragte bzw. ein Beauftragter unter Beteiligung von Betroffenen, Gewerkschaften und Initiativen das Thema umfassend aufarbeiten soll. Die Ergebnisse sollen auch im Rahmen der politischen Bildung in Niedersachsen verwendet werden. In Niedersachsen waren in den 70er und 80er Jahren 130 Personen unmittelbar durch den sogenannten Radikalenerlass betroffen. Betroffen war vor allem der Schuldienst. Bewerber_innen, denen radikale Tendenzen nachgesagt wurden, konnten nicht eingestellt werden, Lehrkräfte im Dienst wurden entlassen. Dieses Unrecht beim Namen zu nennen, ist die Aufgabe von Politik. Knapp 45 Jahre nach dem Inkrafttreten des Radikalenerlasses ist es höchste Zeit, die damals Betroffenen nicht nur vom Vorwurf der Radikalität freizusprechen, sondern sie für die ihnen entstandenen Nachteile auch zu rehabilitieren. Dafür sollte es u. E. einen bundesweiten Fonds geben.

Für die SPD-Fraktion habe ich zu diesem Thema gesprochen. **Meine Rede zum Thema ‚Radikalenerlass‘** könnt ihr wie immer auf meiner Homepage nachlesen.

Im Wahlkreis unterwegs

Welt-AIDS-Tag - Straßensammlung in Hildesheim

Zum 3. Mal habe ich mich am Welt-AIDS-Tag an der lokalen Sammelaktion in Hildesheim beteiligt. Mit einer großen Spendendose ausgestattet, habe ich mit vielen anderen Freiwilligen in der Fußgängerzone für Projekte der Aids-Hilfe e.V. Hildesheim gesammelt. Die Situation für HIV-Positive und AIDS-Erkrankte hat sich durch neue, wirksamere Medikamente geändert. Die Lebenserwartung Erkrankter hat sich deutlich verlängert und ihre grundsätzliche gesundheitliche Situation ist besser geworden, aber nach wie vor gibt es keine Heilung der Krankheit AIDS. Die gesammelten Spenden, die in die Präventions- und Aufklärungsarbeit fließen sollen, sind sehr gut angelegt.





Alle Jahre wieder - Spenden für wohltätige Zwecke in der Hildesheimer Fußgängerzone

Am zweiten Adventssamstag habe ich erneut mit Genossinnen und Genossen aus dem Stadtverband Hildesheim und unserem SPD-Mobil in der Fußgängerzone vor der Jakobikirche gestanden. Der Stand ist mittlerweile Tradition. Bei Kuchen, Keksen, Kaffee, Glühwein und Kinderpunsch konnte ich auch in diesem Jahr zahlreiche Gespräche

mit Bürgerinnen und Bürgern führen aber auch viele Genossinnen und Genossen begrüßen. In diesem Jahr geht die Spende an die Musikschule Hildesheim.

Das Hildesheimer Unternehmen ‚CubiDesign Gehäuse GmbH‘ wird vom Niedersächsischen Wirtschaftsministerium mit über 230.000 Euro Investitionsförderung unterstützt.

Sehr gefreut habe ich mich auch über den Erfolg der Firma CubiDesign. Mit dem Geld von EU und Land können wichtige Impulse für die Wirtschaft gesetzt und neue zukunftssträchtige Jobs geschaffen werden. Besonders freut mich, dass neben wirtschaftsschwachen Regionen nun auch Hildesheim vom Förderprogramm profitieren konnte. Die Mittel stammen aus der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur von Bund und Ländern (GRW) sowie aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE).



140 Jahre Freiwillige Feuerwehr Hildesheim – Großer Festakt in Halle 39

Auf eine 140-jährige Erfolgsgeschichte kann unsere Freiwillige Feuerwehr in der Stadt Hildesheim zurückblicken. Zusammen mit befreundeten Hilfsorganisationen, Vertreter_innen aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft wurde dieses große Jubiläum in der Halle 39 begangen. Ein gelungener Rahmen, die großartige Arbeit unserer ehrenamtlichen Retter zu unterstreichen.

Termine

Es ist mir gelungen, unsere **Sozialministerin Cornelia Rundt** gleich zu Beginn des neuen Jahres für meine **Veranstaltung „Islamismus, Salafismus, Jihadismus – Wenn der Glaube zum Wahn wird. Gibt es Wege aus der Radikalfalle?“** nach Hildesheim zu holen. Im Rahmen der Veranstaltung mit einem deutlich präventiven Schwerpunkt, wollen wir **am Mittwoch, 18. Januar 2017, ab 18.30 Uhr, in der Aula der Grundschule Nord, über Mög-**



lichkeiten der Prävention diskutieren. Begrüßen werde ich auch Christian Hantel vom Verein beRATen.

Ich freue mich sehr, dass ich damit zwei kompetente Fachleute für diese Veranstaltung gewinnen konnte. Eine Ankündigung über die Presse wird noch erfolgen. Ich würde mich freuen, wenn viele von Euch an dieser wichtigen Veranstaltung teilnehmen könnten.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, nach einer langen Plenarwoche beginnt schon fast die Weihnachtspause. Am Montag tagt dann auch der Rat zum letzten Mal in diesem Jahr und dann geht's für mich ein paar Tage nur um Familie und Weihnachten. Ich danke Euch allen für das gute Miteinander im zu Ende gehenden Jahr und wünsche Euch und Euren Lieben fröhliche Weihnachten und einen guten Start ins neue Jahr 2017.

Alles Liebe,

Euer

